

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Freitag, Samstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Verlagsstelle: Delgade Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Hg. durch den Hermtträger. —
1 Mark 20 Hg. durch die Post.

No. 221.

Dienstag den 8. November.

1892.

Die Wandlungen der Vermögenssteuer.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Steuerreform wird der Kampf sich nicht in letzter Linie um die Einführung der Vermögenssteuer drehen und da lohnt es sich, gewisse Indiscretionen aus finanzministeriellen Kreisen festzustellen, die ganz besonders geeignet sind, die Entscheidung in dieser Frage zu erleichtern. Die Vermögenssteuer ist bekanntlich im Rahmen des Miquel'schen Reformplanes bestimmt, die besondere Bestimmung des fundierten Einkommens in einer mit den Absichten der großen Mehrheit beider Häuser des Landtags und den früheren ausgesprochenen Absichten des Finanzministers selbst in schroffem Widerspruch stehenden Weise herbeizuführen. Bei der Beschaffung über das Einkommensteuergesetz bestand vollkommene Einverständniss darüber, daß die unterschiedliche Belastung des fundierten Einkommens durch eine Abänderung des Steuerfußes, d. h. durch eine Entlastung des Arbeitseinkommens herbeigeführt werden sollte. Im Abgehause hat der Finanzminister Anträge auf Abänderung der Steuerfußes ausdrücklich damit zurückgewiesen, daß eine solche im weiteren Fortgange der Reform so wie so eintreten müsse. Nachdem die Mehrheitsmeinung aus der Einkommensteuer inzwischen mehr als das Dreifache des von dem Finanzminister erwarteten Betrages ergeben, hat der Finanzminister den Gedanken einer theilweisen Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden fallen lassen und die völlige Aufhebung dieser Steuer als Staatssteuer ins Auge gefaßt. Dazu reicht der Mehrbetrag der Einkommensteuer nicht hin und deshalb soll eine „Vermögenssteuer“ eingeführt werden, mit der doppelten Aufgabe der schärferen Heranziehung des fundierten Einkommens durch eine directe Abgabe von der Quelle desselben und der Deckung des bei Aufhebung der Staatssteuer entstehenden Ausfalls für die Staatskasse. Daß die Schattenseiten einer solchen Steuer die Lichtseiten erheblich überwiegen, haben auch die freiwilligen Regierungskommissare des Finanzministers in der Presse nicht in Abrede stellen können und so haben sie immer von Neuem betont, daß die Erhebung der Vermögenssteuer in ganz niedrigen Sätzen ausreichte und zugleich zulässig sei. Aber das war, wie es jetzt der Ansicht gewinnt, nur ein taktischer Schachzug, um dem Gedanken der Vermögenssteuer Eingang zu verschaffen. Nach der bekannten Schrift des Reichsanzeigers vom 23. April d. J. sollte die Steuer „die Werthobjecte nach Abzug der Schulden mit einer im Verhältnis zum ermittelten Verthe nur sehr geringen Quote direct treffen.“ In der Presse war zunächst nur von einem Steuerbetrag von 1/10 oder höchstens 1/10 vom Tausend die Rede; kann wurde die Quote auf 1/10 vom Tausend erhöht. Neuerdings aber ist der Schleier gefallen. In Artikeln, die sich direct auf die Kenntniss der Absichten der leitenden Stelle, d. h. des Herrn Miquel berufen, wird mit erschütternder Offenheit erklärt, der Finanzminister betrachte die Vermögenssteuer als „entwickelungs- d. h. erhöhungs-fähig“. Vorläufig natürlich stellt man die Sache nur so dar, als ob die Erhöhung der Vermögenssteuer nur in außergewöhnlichen Fällen, nach einem unglücklichen Kriege u. dergl. eintreten sollte. Aber das hat auch nur eine erhebliche Bedeutung. Hat die öffentliche Meinung sich erst an diesen Gedanken gewöhnt, so bedarf es bei jedem im Staatshaushalt eintretenden Defizit nur einer kühnen Initiative des jetzigen oder künftigen Finanzministers, um die Deckung des Defizits durch eine Erhöhung der Quote der Vermögenssteuer herbeizuführen. Bedarf es doch dazu nur der Abänderung einer einzigen Ziffer in dem Gesetz! Man würde dann, da das Abgeordnetenhause ein Steuerbewilligungsrecht nicht hat, sondern bestehende Steuern forterheben werden, auch wenn der Staat den ganzen Ertrag derselben gar nicht bedarf, Ueberschüsse in der bisherigen Weise

zur Erhöhung der Ausgaben verwenden, Defizits aber durch eine theilweise Vermögensconfiscation decken. Garantien gegen einen solchen Gebrauch oder besser Mißbrauch der Vermögenssteuer gibt es natürlich nicht. Der Gesetzgeber, der 1/10 vom Tausend des Vermögenswerthes erheben kann, kann auch 1, 2, 3 und noch mehr vom Tausend erheben. Der einzig mögliche Schutz der Steuerzahler gegen eine solche Ueberlastung läge in der Einräumung des Steuerbewilligungsrechts an das Abgeordnetenhause, d. h. in der Quotifizierung der Einkommensteuer und der Ergänzung zu derselben, der Vermögenssteuer. Herr Dr. Miquel hält es auch für ganz wünschenswerth, nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse einer sparsamen Finanzwirtschaft, daß das Abgeordnetenhause im Besitz des Steuerbewilligungsrechts sei, so daß es das Recht hätte, Ueberschüsse durch die Herabsetzung der Steuerquote zu beseitigen; aber leider ist bei diesem liberalen Finanzminister die Liebe zu dem Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung nur eine platonische. In der Theorie erkennt er den Anspruch des Abgeordnetenhauses auf eine wirksame Controle der Staatsfinanzen als berechtigt an; in der Praxis giebt er die Rolle eines vorzienten Finanzministers gegenüber einem in seinen Finanzrechten gebundenen Abgeordnetenhause vor. Als Abgeordneter wäre Herr Miquel vielleicht ein Freund des Steuerbewilligungsrechts des Abgeordnetenhauses; als Finanzminister sucht er die Äpfel und betauert, daß die Verhältnisse nun einmal so sind, wie sie sind. Eine Veränderung derselben könnte ja die Steuerreform erschweren, an deren Durchführung Herr Miquel seine Gewandtheit und parlamentarische Fingigkeit zu erproben gedenkt und so bleibt halt Alles beim Alten, bis Preußen einmal einen Finanzminister hat, der mehr ein vollstättiger Minister als ein ausgezeichnete Steuerghymnastiker ist.

Politische Uebersicht.

Das österreichische Budget für 1893, welches der Finanzminister Dr. Steinbach dem am Sonnabend wieder zusammengetretenen Abgeordnetenhause vorgelegt hat, weist ein Gesamterforderniß von 608 864 795 fl. auf, gegen das Vorjahr um 22 876 181 fl. mehr. Die Gesamtdeckung beträgt 609 572 085 fl., also gegen das Vorjahr 23 6 795 fl. mehr. Der verminderte Ueberschuss von 887 291 fl. ist gegen das Vorjahr um 655 308 fl. geringer. Nachdem aber 1893 für Tilgung von Staatsschulden aus den laufenden Staatsentnahmen 3 Millionen entnommen werden, während im Vorjahre nur 2 Millionen entnommen wurden, fällt sich das Budget 1893 thatsächlich um 1 655 308 fl. besser als 1892. Der Club der vereinigten deutsch-österreichischen Linken berief am Freitag Abend über das Verhalten in der Reichsberger Angelegenheit und beschloß, die Regierung in einer Interpellation aufzufordern, die Gründe für die Auslöschungsmassregel bekannt zu geben. In der Debatte wurde die Massregel der Regierung als nicht abfällig beurtheilt, doch auch das Vorgehen der deutschen Nationalpartei getadelt, weil dasselbe die Regierung sogar der Verpflichtung enthebe, die Gründe der Auflösung der Gemeindevertretung klar zu legen. Minister Kuenburg wohnt der Clubbingung bei. — Die Kritik im ungarischen Ministerium scheint überwunden zu sein. Ministerpräsident Szapary hat der Majorität des Kabinetts nachgegeben, indem er den Gesetzentwurf betr. die Gwiolche acceptirte; der Minister wird versuchen, den Monarchen dafür zu gewinnen: am Montag wird Szapary im liberalen Club seine Stellungnahme zu den kirchenpolitischen Fragen darlegen. Vorläufig ist das Verhalten des ganzen Kabinetts wahrscheinlich.

Der Streik von Carmaux, den die Grubenarbeiter dieser Ortschaft seit über einem Vierteljahr hartnäckig durchgeführt haben, hat mit einer völligen Niederlage der französischen Regierungsautorität geendet. Die Veranlassung zu dem Massenstreik, der

unsägliches Elend über die Arbeiterbevölkerung von Carmaux gebracht hat, lag in der Entlassung eines Arbeiters Calvoignac, den die Arbeitermehrheit zum Bürgermeister von Carmaux gewählt hatte, aus dem Dienst der Grubengesellschaft. Calvoignac konnte in Wahrnehmung seiner amtlichen Funktionen so gut wie gar nicht mehr in der Grube arbeiten und die Gesellschaft war somit in vollem Recht, wenn sie ihn entließ. Trotz erklärten sich indeß die Bergarbeiter mit Calvoignac solidarisch und legten sämmtlich die Arbeit nieder. Es kam zu allerlei hässlichen Ausbrüchen, Tag für Tag fanden lärmende Versammlungen statt, die sozialdemokratischen französischen Deputirten begien und schürten unablässig das Feuer der Bewegung. Schließlich versuchten die Arbeiter, sich an dem Eigenthum der Grubengesellschaft und dem Leben der Beamten zu vergreifen, so daß Militär requirirt werden mußte. Die Haupttathaten wurden dingfest gemacht und vom Schwurgericht in Albi zu harten Strafen verurtheilt. So stand die Sache als im vorigen Monat die Deputirtenkammer zusammentrat. Eingeweihte hatten schon längst davon gemunkelt, daß Sozialisten und Radikale in traulichem Verein in der Kammer die Carmauxaffäre zu einem Vorstoß gegen das Ministerium Loubet benutzen würden. So regnete denn auch gleich am zweiten Tage der wieder eröffneten Session eine Fluth von Interpellationen. Jedoch lief die Sache noch glimpflich genug ab, man überdies die Schlichtung des Streites an ein Schiedsgericht, dem der Ministerpräsident Loubet als Vorsitzender und als Vertreter der Streikenden die radikalen Deputirten Clémenceau, Pélissier und Millierand angehörten. Loubet's Schiedsspruch, der u. a. die Wiederanstellung Calvoignac's unter Gewährung einer entsprechenden Urlaubsgeldzeit, dagegen von einer Bezahlung der zu Albi Beurtheilten nichts wissen wollte, goß für kurze Zeit, anstatt die Gemüther zu beruhigen, neues Del ins Feuer. Den Gemäßigten und Besonnenen bot er an Concessionen für die Streikenden zu viel, den Radikalen und Sozialisten zu wenig. Clémenceau tabelte in einem Schreiben an die Arbeiter von Carmaux den Schiedsspruch in den heftigsten Worten, und die Streikenden erklärten rund heraus, daß sie sich dem Schiedsspruch nicht fügen würden. Da trat vor einigen Tagen eine überraschende Wendung ein. Clémenceau und Genossen besuchten sich in eigener Person nach Carmaux, wo sie mit jubelndem Hallo empfangen wurden, und kurz darauf veränderte der Telegraph der erstaunten Welt, daß die Bergleute von Carmaux die Arbeit wieder aufnehmen würden. Clémenceau habe ihnen versprochen, die Bezahlung der in Albi Beurtheilten zu erwirken. In der That ist Loubet, dessen schwankender Ministerstuhl allerdings bei dem geringsten Anstoß ins Wanken gerathen kann, vor dem Drängen des radikalen Kampfbahns zu Kreuz gefroren. Die Beurtheilten sind begnadigt und am Donnerstag aus der Haft entlassen worden. Damit hat das Ministerium einen Beweis von Schwäche gegeben, der ihm noch theurer zu stehen kommen kann. Die Arbeiter feiern inzwischen ihren Sieg unter lärmenden Kundgebungen. Am Donnerstag Vormittag nahmen sie, wie gemeldet, die Arbeit wieder auf. Aus Anlaß der Rückkehr der begnadigten und in Freiheit gesetzten Bergleute aus Albi fanden unter außerordentlich zahlreicher Theilnahme der Bevölkerung lebhafteste Kundgebungen statt. Die zurückgeführten Bergleute wurden in festlichem Zuge nach der Syndikatskammer geleitet. Hier wurden ihnen von keinen Mädchen, welche rothe Kleider angelegt hatten, Willkommensgrüße dargeboten und Blumenkränze überreicht. Unter den Rufen: „Es lebe die soziale Revolution!“ ging die Menge auseinander. — Seit einigen Wochen führt die italienische Presse mit der französischen wieder eine lebhafteste Fehde wegen der so folgenschweren Einverleibung von Tunis in das französische Colonialreich. Jules Ferry selber, unter dessen Ministerium jener Schritt gethan wurde, hat den Anlaß zu diesem Feindesriege gegeben, indem er in einer Vorrede zu

Sämmtliche Waaren meines Lagers sind neu, modern und solid.
Die Preise dafür sind ganz bedeutend ermäßigt.
Ganz besonders mache auf große Sortimente

kleiderstoffe

in überraschend schöner hochmoderner Auswahl zu enorm billigen Preisen aufmerksam.

Hochmoderner schwerer engl. Stoff, Kleid 6 Mtr. Mk. 7.—

Eine große Partie Damenmode, Kleid: 5 Mtr. Mk. 3,50.

Auslage in den Schaufenstern.

Bettzeuge, Inlettstoffe, Hemdentuche, Barchente u. s. w.
in sehr großer Auswahl zu enorm billigen Preisen.

Matratzen und Bettstellen,

nur gute Arbeit, wegen vollständiger Aufgabe dieser Artikel unter Preis.

Matratzen von 20 Mark an. Bettstellen von 4,50 Mark an.

Größtes Lager Bettfedern und Daunen

in nur guter doppelt gereinigter staubfreier Waare Pfd. von 75 Pf. an.

Buckskins und Winterüberzieher-Stoffe
wegen Aufgabe unter Preis.

Streng reelle Bedienung.

Enorm billige Preise.

H. Agte, Merseburg,

Markt Nr. 8.

General-Versammlung
der Ortskrankenkasse der Tabak-
arbeiter zu Merseburg
Mittwoch den 9. Novbr., abends 8 Uhr,
in der Kaiser Wilhelms-Halle.
Tages-Ordnung: Nochmals die Statuten.
Die Herren Arbeitgeber werden freundlichst
mit eingeladen. Der Vorstand.

Ortskrankenkasse
der Schuhmacher.
Mittwoch den 16. d. M.,
abends von 7 Uhr ab,
in der Schuhmacher-Herberge
General-Versammlung.
Vorlegung der abgeänderten Statuten.
Das Erscheinen der Mitglieder, sowie
Arbeitgeber ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Zur Feier des Geburtstags
D. Martin Luther's
wird am Donnerstag den 10. No-
vember, abends 8 Uhr, im großen
Saale des Etholi auch in diesem
Jahre eine festliche Versammlung
stattfinden, zu welcher alle evangel.
Mitglieder eingeladen werden.
Gesangsvorträge von den Herren Lehrern.
Ansprachen von Herrn Pastor Werther über:
„Luther in seinen Ethreden“, und von Herrn
Pastor Nölkel aus Weiskensfeld über: „Luther,
den Volkserzieher.“
J. A. Tenschert, Pfarrer.

Kaiser Wilhelmshallen-
Theater.
Direction: Paul Milbitz.
Dienstag den 8. Novbr. 1892.
Der Vetter.
Aufspiel in 3 Acten v. Benedix.
In Vorbereitung: Gastspiel des
Königl. Preuss. Hofkapellmeisters Herrn Oscar
Blente vom Kgl. Hoftheater zu Berlin!
Die Direction.

Herzog Christian.
Morgen Mittwoch zur
Control-Versammlung
Speckkuchen.

Schlesische
Gold- u. Silber-Lotterie
zur Erbauung eines Diakonissen-Hauses
für die Station Beitzheim zu Breslau.
Ziehung schon
am 25. u. 26. November cr.
Loose à 1 Mk., 11 Stck.
10 Mk., 28 Stck. 25 Mk.
Porto und Liste 30 Pf. extra, empfehlen und
versenden
C. Brandt & Co., General-
Erfurt, Neuwerkstrasse 41.
Wiederverkäufer allerorts gesucht!

Gewinne	Werth Mk.
1 à 10000	10000
1 à 3000	3000
1 à 2000	2000
1 à 1000	1000
4 à 500	2000
5 à 300	1500
10 à 200	2000
20 à 100	2000
40 à 50	2000
50 à 20	1500
2366 i. Gesamtwerth	18000
2500 Gewinne im	50000 Mk.
2500 Gesamtwerth	50000 Mk.

Einige Verminderung
des Gewinnplanes findet
nicht statt.

Illustrirte Frauen-Zeitung.
Ausgabe der „Modenwelt“ mit Unterhaltungsblatt.
Jährlich 24 Doppel-Nummern in farbigen Umschlägen.
Unterhaltungsblatt: Romane, Novellen, Feuilletons, Literatur, Kunst-
gewerbliches, Aus der Frauenwelt. Circa 200 Vollbilder und Text-
Illustrationen.
Beiblätter: Gärtnerei, Hauswirthschaftliches, Mode und Handarbeiten
Modenblatt: Circa 2000 Modenzeichnungen, 14 Schnittmuster-Beilagen,
24 farbige Modenbilder, 8 Extra-Blätter, 8 Kupferblätter für
künstlerische Handarbeiten.
Abonnements werden bei allen Buchhandlungen und Postanstalten zum
Preise von 2 Mk. 50 Pf. oder 1 Mk. 50 Pf. vierteljährlich jederzeit an-
genommen. Außerdem erscheint eine
große Ausgabe mit allen Kupfern
unter Zugabe von 36 großen farbigen Modenbildern, also im Ganzen 60, zum
Preise von 4 Mk. 25 Pf. oder 2 Mk. 50 Pf. Probe-hefte gratis und franco in allen Buch-
handlungen und in den Expeditionen Berlin W., Potsdamerstraße 38; Wien I.,
Dobnerstraße 3.

Dienstag den 8. November,
abends 7 Uhr,
im **A. Schloßgarten-Pavillon**
erstes Künstler-Concert.
Solisten:
Fräulein **Elisabeth Leisinger**, Königl.
liche Hofopernsängerin.
Fräulein **Margarethe Voretzsch**
(Clavier).
Herr **Georg Wille** (Violoncell).
Laufbursche
für sofort suchen
P. Reichelt & Co.

Subold's Restauration.
Heute Dienstag **Schlachtfest.**
Landwirthschaftlerinnen
find. 1. Januar Stellen a. Mittern. 5 Halle,
Merseburg, Gieschen, Querfurt, Döllitz, Bitters-
feld, Leipzig, Wiedersleben, Sangerhausen, Gotha,
Erfurt, Nordhausen, Magdeburg, Brandenburg
u. d. Fr. **Blunneiss, Halle a. S.,**
H. 35296 d.)
Sonntags Nachmittags nach 4 Uhr ist von
der Karlsruher bis Etwal ein **Armband**
mit blauen Steinen verloren. Gegen Be-
lohnung abzugeben
Karlsruhe II, 1 Treppe.

Ein in Küche und Hausarbeit erfahrendes
älteres Mädchen
ber 1. Januar 1893 gesucht. Lohn 120 Mt.
zu erfragen **H. Mitterfr. 16** im Laden.

Rechnungsabschluss
des Vorjahrsvereins zu Merseburg G. G.
mit unbeschränkter Quittung
pro Monat October 1892.

	Recht Pf.
Kassenbestand vom Monat September	63,963 12
Zuschußung auf gegebene Vorschläge	309,832 38
Vorjahr-Zinsen	6,453 66
Vereinscapital von Mitgliedern	78 52
Kassenbestand	—
Angenommene Anlehen	19,789 82
Kassa-Gonto	195 —
Viro-Gonto — Berlin	16,711 03
Laufende Rechnung — Berlin	638 35
Kant-Gonto	—
Gonto für Berichtende	33,263 72
Summa	451,665 60

Ausgabe.

Gegebene Vorschläge	282,057 69
Zuschußung auf Anlehen	37,178 29
Bezahlte Zinsen	341 32
Kassa-Gonto	—
Vereinscapital	810 18
Kassa-Gonto	900 —
Viro-Gonto — Berlin	13,708 26
Laufende Rechnung — Berlin	—
Kant-Gonto	47,363 —
Gonto für Berichtende	39,633 88
Summa	421,452 57

Wüthlin Bestand 30,213 03
Richter K. G. Dürr. E. Hartung.

Höfste und niedrige Marktpreise
vom 30. October bis mit 3. November 1892.

Beizen, pr. 100 Stk.	16,50 bis 15,— Mt.
Roggen, do.	15,60 bis 14,—
Gerste, do.	18,— bis 15,—
Hafer, do.	16,50 bis 14,—
Erbsen, do.	20,50 bis 19,—
Linien, do.	44,— bis 18,—
Bohnen, do.	20,— bis 15,—
Kartoffeln, do.	5,— bis 4,—
Milchfleisch (von der Reule), pro Kilo	1,40 bis 1,30
Rindfleisch, pro Kilo	1,30 bis 1,20
Schweinefleisch, do.	1,40 bis 1,30
Schaffleisch, do.	1,40 bis 1,20
Kalbfleisch, do.	1,30 bis 1,20
Butter, do.	2,60 bis 2,20
Eier, pro Schod	5,20 bis 4,80
Sen, pro 100 Kilo	8,— bis 7,50
Stroh, do.	5,— bis 4,50

Marktpreis der Ferkel
in der Woche
vom 30. October bis mit 3. November 1892
pro Stck 7,50 bis 13,50 Mt.

Giezen eine Weilage.

Correspondent.

Ersteinst:
Freitag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag (letz 7/8 Uhr.
Wochenschrift: Ausgabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerumträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 221.

Dienstag den 8. November.

1892.

Die Wandlungen der Vermögenssteuer.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Steuerreform wird der Kampf sich nicht in letzter Linie um die Einführung der Vermögenssteuer drehen und da lohnt es sich, gewisse Judicretionen aus finanzministeriellen Kreisen festzumachen, die ganz besonders geeignet sind, die Entscheidung in dieser Frage zu erleichtern. Die Vermögenssteuer ist bekanntlich im Rahmen des Miquel'schen Reformplanes bestimmt, die besondere Besteuerung des fundierten Einkommens in einer mit den Absichten der großen Mehrheit beider Häuser des Reichstages und den früheren ausgesprochenen Absichten des Finanzministers selbst in schroffem Widerspruch liegende Weise herbeizuführen. Bei der Befestigung über das Einkommensteuergesetz bestand vollkommene Einverständlichkeit darüber, daß die unterschiedliche Belastung des fundierten Einkommens durch eine Abänderung des Steuertarifs, d. h. durch eine Entlastung des Arbeitseinkommens herbeigeführt werden sollte. Im Abge.-Hause hat der Finanzminister Anträge auf Abänderung der Steuerskala ausdrücklich damit zurückgewiesen, daß eine solche im weiteren Fortgange der Reform so wie so eintreten müsse. Nachdem die Mehrzahl der Einkommensteuer inwischen mehr als das Dreifache des von dem Finanzminister erwarteten Betrages ergeben, hat der Finanzminister den Gedanken einer theilweisen Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden fallen lassen und die völlige Aufhebung dieser Steuer als Staatssteuer in's Auge gefaßt. Dazu reicht der Mehretrag der Einkommensteuer nicht hin und deshalb soll eine „Vermögenssteuer“ eingeführt werden, mit der doppelten Aufgabe der schärferen Heranziehung des fundierten Einkommens durch eine directe Abgabe von der Quelle desselben und der Deckung des bei Aufhebung der Staatssteuer entstehenden Ausfalles für die Staatskasse. Daß die Schattenseiten einer solchen Steuer die Lichtseiten erheblich überwiegen, haben auch die freiwilligen Regierungskommissare des Finanzministers in der Presse nicht in Abrede stellen können und so haben sie immer von Neuem betont, daß die Erhebung der Vermögenssteuer in ganz niedrigen Sätzen ausreicht und zugleich zulässig sei. Aber das war, wie es jetzt bei uns scheint, nur ein taktischer Schwachsinn, um dem Gedanken der Vermögenssteuer Eingang zu verschaffen. Nach der bekannten Denkschrift des Reichsanzeigers vom 23. April d. J. sollte die Steuer „die Wertobjekte nach Abzug der Schulden mit einer im Verhältnis zum ermittelten Werte nur sehr geringen Quote direct treffen.“ In der Presse war zunächst nur von einem Steuerbetrag von $\frac{1}{3}$ oder höchstens $\frac{1}{4}$ vom Tausend die Rede; dann wurde die Quote auf $\frac{1}{2}$ vom Tausend erhöht. Allerdings aber ist der Schleier gefallen. In Artikeln, die sich direct auf die Kenntnis der Absichten der leitenden Stelle, d. h. des Herrn Miquel berufen, wird mit erfreulicher Offenheit erklärt, der Finanzminister betrachte die Vermögenssteuer als „entwicklungs-“ d. h. „erhöhen-gesfähig.“ Vorläufig natürlich stellt man die Sache nur so dar, als ob die Erhebung der Vermögenssteuer nur in außergewöhnlichen Fällen, nach einem unglücklichen Kriege u. dergl. eintreten sollte. Aber das hat auch nur eine erzielliche Bedeutung. Hat die öffentliche Meinung sich erst an diesen Gedanken gewöhnt, so bedarf es bei jedem im Staatshaushalt eintretenden Defizit nur einer kühnen Initiative des jetzigen oder künftigen Finanzministers, um die Deckung des Defizits durch eine Erhebung der Quote der Vermögenssteuer herbeizuführen. Bedarf es doch dazu nur der Abänderung einer einzigen Ziffer in dem Gesetz! Man würde dann, da das Abgeordnetenhause ein Steuerbewilligungsrecht nicht hat, sondern bestehende Steuern forciert werden, auch wenn der Staat den ganzen Ertrag derselben gar nicht bedarf, Ueberschüsse in der bisherigen Weise

zur Erhöhung der Ausgaben verwenden, Defizits aber durch eine theilweise Vermögensconfiscation decken. Garantien gegen einen solchen Gebrauch oder besser Mißbrauch der Vermögenssteuer giebt es natürlich nicht. Der Gesetzgeber, der $\frac{1}{2}$ vom Tausend des Vermögenswertes erheben kann, kann auch 1, 2, 3 und noch mehr vom Tausend erheben. Der einzig mögliche Schutz der Steuerzahler gegen eine solche Ueberlastung läge in der Einräumung des Steuerbewilligungsrechts an das Abgeordnetenhause, d. h. in der Quotifizierung der Einkommensteuer und der Erhebung zu derselben, der Vermögenssteuer. Herr Dr. Miquel hält es auch für ganz wünschenswert, nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse einer sparsamen Finanzwirtschaft, daß das Abgeordnetenhause im Besitz des Steuerbewilligungsrechts sei, so daß es das Recht hätte, Ueberschüsse durch die Herabsetzung der Steuerquote zu befähigen; aber leider ist bei diesem liberalen Finanzminister die Liebe zu dem Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung nur eine platonische. In der Theorie erkennt er den Anspruch des Abgeordnetenhauses auf eine wirksame Kontrolle der Staatsfinanzen als berechtigt an; in der Praxis zieht er die Rolle eines potenten Finanzministers geradüber einem in seinen Finanzrechten gegebener



593, wel-
 dem am
 geordnet-
 erforderlich
 vorhat um
 beträgt
 6 7 959
 887 291
 günstiger.
 schulden
 Millionen
 je nur 2
 des Budget
 1892.
 Der Club der vereinigten deutsch-öster-
 reichischen Linken beriet am Freitag Abend über
 das Verhalten in der Reichsberger Angelegen-
 heit und beschloß, die Regierung in einer Inter-
 pellation aufzufordern, die Gründe für die Auflösungs-
 maßregel bekannt zu geben. In der Debatte wurde
 die Maßregel der Regierung allseits abschällig beurtheilt,
 doch auch das Vorgehen der deutschen Nationalpartei
 getadelt, weil dasselbe die Regierung sogar der Ver-
 öffentlichung entsehe, die Gründe der Auflösung der
 Gemeindevertretung klar zu legen. Minister Kuenburg
 wohnte der Sitzung bei. — Die Krisis im
 ungarischen Ministerium scheint überwunden
 zu sein. Ministerpräsident Szapary hat der Ma-
 jorität des Kabinetts nachgegeben, indem er den Ge-
 setzentwurf betr. die Civile acceptirte; der Minister
 wird versuchen, den Monarchen dafür zu gewinnen;
 am Montag wird Szapary im liberalen Club seine
 Stellungnahme zu den kirchenpolitischen Fragen dar-
 legen. Vorläufig ist das Weiter des ganzen Kabi-
 netts wahrscheinlich.

Der Streik von Carmaux, den die Gruben-
 arbeiter dieser Districts seit über einem Vierteljahr
 hartnäckig durchgeführt haben, hat mit einer völligen
 Niederlage der französischen Regierungsbürokratie
 geendet. Die Veranlassung zu dem Massenstreik, der

unfähigsten Elend über die Arbeiterbevölkerung von
 Carmaux gebracht hat, lag in der Entlassung eines
 Arbeiters Calvoignac, den die Arbeitermehrheit zum
 Bürgermeister von Carmaux gewählt hatte, aus dem
 Dienste der Grubengesellschaft. Calvoignac konnte in
 Wahrnehmung seiner amtlichen Funktionen so gut
 wie gar nicht mehr in der Grube arbeiten und die
 Gesellschaft war somit in vollem Recht, wenn sie ihn
 entließ. Trotz erklärten sich indes die Bergarbeiter
 mit Calvoignac solidarisch und legten sänftlich die
 Arbeit nieder. Es kam zu allerlei stürmischen Auf-
 tritten, Tag für Tag fanden lärmende Versammlungen
 statt, die sozialdemokratischen französischen Deputirten
 hegten und schürten unablässig das Feuer der Be-
 wegung. Schließlich versuchten die Arbeiter, sich an
 dem Eigenthum der Grubengesellschaft und dem Leben
 der Beamten zu vergreifen, so daß Militär requirirt
 werden mußte. Die Hauptintendanten wurden dingfest
 gemacht und vom Schwurgericht in Albi zu harten
 Strafen verurtheilt. So stand die Sache als im
 vorigen Monat die Deputirtenkammer zusammentrat.
 Eingeweihte hatten schon längst davon gekundet,
 daß Sozialisten und Rabakale in traulichem
 Verein in der Kammer die Carmauxaffäre zu einem
 Vorstoß gegen das Ministerium kühn benutzen
 würden. Es regnete denn auch gleich am zweiten
 Tage der wieder eröffneten Session eine Fluth von
 Interpellationen. Jedoch ließ die Sache noch glimpflich
 genug ab, man überwies die Schlichtung des Streites
 an ein Schiedsgericht, dem der Ministerpräsident Loubet
 als Vorsitzender und als Vertreter der Streikenden
 die radikalen Deputirten Clémenceau, Pelletan und
 Millerand angehörten. Loubet's Schieds-
 spruch, der u. a. die Wiederanstellung Calvoignac's
 unter Gewährung einer entsprechenden Entschädigung
 empfahl, dagegen von einer Bezahlung der zu Albi
 Verurtheilten nichts wissen wollte, goß für kurze Zeit,
 anstatt die Gemüther zu beruhigen, neues Del ins
 Feuer. Den Gemäßigten und Besonnenen bot er an
 Concessionen für die Streikenden zu viel, den Radikalen
 und Sozialisten zu wenig. Clémenceau tadelt in einem
 Schreiben an die Arbeiter von Carmaux den Schieds-
 spruch in den bestiglichen Worten, und die Streikenden
 erklärten rund heraus, daß sie sich dem Schieds-
 spruch nicht fügen würden. Da trat vor einigen
 Tagen eine überraschende Wendung ein. Clémenceau
 und Genossen bemühten sich in eigener Person nach
 Carmaux, wo sie mit jubelndem Hailo empfangen
 wurden, und kurz darauf ver kündete der Telegraph
 der erkannten Welt, daß die Vergleite von Carmaux
 die Arbeit wieder aufnehmen würden. Clémenceau
 habe ihnen versprochen, die Bezahlung der in Albi
 Verurtheilten zu erwirken. In der That ist Loubet,
 dessen schwanender Ministerstuhl allerdings bei dem
 geringen Ankloß ins Wanken gerathen kann, vor dem
 Drängen des radikalen Kampfbundes zu Kreuz ge-
 stiegen. Die Verurtheilten sind begnadigt und am
 Donnerstag aus der Haft entlassen worden. Damit
 hat das Ministerium einen Beweis von Schwäche
 gegeben, der ihm noch theurer zu stehen kommen kann.
 Die Arbeiter feiern inzwischen ihren Sieg unter
 lärmenden Kundgebungen. Am Donnerstag Vor-
 mittag nahmen sie, wie gemeldet, die Arbeit wieder
 auf. Aus Anlaß der Rückkehr der begnadigten und
 in Freiheit gesetzten Vergleite aus Albi fanden unter
 außerordentlich zahlreicher Theilnehmung der Bevöl-
 kerung lebhafteste Kundgebungen statt. Die zurückgekehrten
 Vergleite wurden in feierlichem Zuge nach der Senats-
 kammmer geleitet. Hier wurden ihnen von kleinen
 Mädchen, welche rote Kleider angelegt hatten, Will-
 kommensgrüße dargeboten und Blumensträuße über-
 reicht. Unter den Rufen: „Es lebe die soziale
 Revolution!“ ging die Menge auseinander. —
 Seit einigen Wochen führt die italienische
 Presse mit der französischen wieder eine lebhafteste
 Fehde wegen der so folgenschweren Einverleibung
 von Tunis in das französische Colonialreich. Jules
 Ferry selber, unter dessen Ministerium jener
 Schritt gethan wurde, hat den Anlaß zu diesem Zei-
 tungsstreite gegeben, indem er in einer Vorrede zu